

diskurskultur

Ökologische Diskurskultur

Kim Stanley Robinson schildert in *The Ministry for the Future*, wie es die Menschheit zwischen 2030 und 2050 schafft, die Klimakrise zu beherrschen. Nach katastrophalen Hitzewellen entscheiden sich die Staaten der Welt zur Kooperation, reduzieren die Emissionen radikal und überlassen eine Hälfte der Territorien der Erde wieder der Natur. Der CO₂-Gehalt der Atmosphäre beginnt zu sinken. In den 50er Jahren des 21. Jahrhunderts können die Menschen hoffen, dass sich die ökologische Lage des Planeten in ihrer Zukunft verbessern und nicht noch weiter verschlechtern wird.

Diese positive Utopie kommt nicht nur auf friedlichem Wege zustande. Nachdem Millionen Menschen in Indien der Hitze zum Opfer gefallen sind, formiert sich dort die Terrororganisation *Kinder der Kali*. Auch das Ministerium für die Zukunft, das weltweit den Kampf gegen die Klimakatastrophe anführt, hat einen *schwarzen Arm*. Zu den Mitteln des Kampfes für das Klima gehören Attentate auf Exponenten der fossilen Wirtschaft. Drohnenanschläge auf Flugzeuge beenden weltweit die Zivilluftfahrt mit fossilen Brennstoffen.

In Robinsons Roman siegen letztlich auch Demokratie und internationale Kooperation. Aber die friedlichen Mittel der Demokratie allein haben nicht ausgereicht, um die Existenzkrise der Menschheit zu lösen. Terror und Alleingänge von Staaten – massive Schwefelinjektionen in die Atmosphäre durch Indien – sind nötig um die Fossilindustrie und mit ihr ganzes Wirtschaftssystem zu besiegen, das große Teile der Erde unbewohnbar macht.

Robinsons Roman ist keine Verherrlichung des Terrors sondern eine Warnung. Je zerstörerischer die ökologischen Krisen werden, desto mehr Gewalt werden sie hervorrufen.

Ist die Demokratie unfähig, ökologische Katastrophen zu verhindern?

Wir leben im Anthropozän. Wir wissen, dass die Voraussetzung für unser Leben von einem Erdsystem erzeugt wurden und werden, von dem unsere gesamte Existenz abhängig ist. Dieses Erdsystem stellt uns bisher einen *safe operating space* zur Verfügung, in dem sich die menschlichen Zivilisationen entwickeln konnten. Die ökologischen Krisen der

Gegenwart bedrohen diesen Handlungsraum. Auch bisher war dieser Handlungsraum eine Voraussetzung politischen Handelns. Heute müssen wir diesen Handlungsraum sichern und entwickeln, um überhaupt politisch handeln zu können.

Im Anthropozän sind die bisher rein *natürlichen* Prozesse, von denen die Existenz der menschlichen Gesellschaften abhängt, nicht mehr von Menschen unabhängig. Sie werden von Menschen fundamental beeinflusst, und sie drohen dabei so aus gewohnten Gleichgewichtszuständen herauszufallen, dass sie menschliche Gesellschaften gefährden, möglicherweise sogar die Existenz der Zivilisation überhaupt bedrohen.

Die Klimakrise ist das am meisten diskutierte Beispiel für solche Prozesse, und das am besten untersuchte. Der gerade veröffentlichte Bericht des Weltklimarats stellt fest, dass die Fortsetzung der aktuellen Politik dazu führen wird, dass die Temperaturen am Ende dieses Jahrhunderts um etwa 2,7 °Celsius über den Temperaturen vor der Industrialisierung liegen werden. Dieser Temperaturunterschied mag gering wirken, aber er bedeutet für alle Ökosysteme auf der Erde Veränderungen, die bei weitem drastischer sind als am Ende der letzten Eiszeit und die überdies in einem Bruchteil der Zeit geschehen, das in der Erdgeschichte für solche Veränderungen zur Verfügung stand. Vor über drei Millionen Jahren, im mittleren Pliozän, waren CO₂-Gehalt und Temperaturen ähnlich hoch (Masson-Delmotte et al., 2021, p. 1891).

Demokratischer Diskurs und Gründe für das Nichthandeln

Klima- und Erdsystemwissenschaften sagen eindeutig, dass die Lebensgrundlagen der Menschheit bedroht sind. Die Demokratien haben es bisher nicht geschafft, darauf adäquat zu reagieren. Zu den Folgen dieser Unfähigkeit gehört nicht nur die ökologische Katastrophe, sondern sie gefährdet auch die Demokratie. Wenn es nicht gelingt, Handlungsfähigkeit gegenüber den ökologischen Krisen herzustellen, dann delegitimiert das die Demokratie.

Es gibt viele Erklärungen dafür, warum auf Krisen, die die größte Herausforderung in der Geschichte der Menschheit darstellen, nicht oder bei weitem nicht in ausreichendem Maß reagiert wurde. Eine zentrale Rolle spielen dabei politische und ökonomische Macht. Eine Forschungsgruppe um Kevin Anderson hat gerade die Literatur zu den Machtverhältnissen untersucht, die Handeln gegen die Klimakrise bisher erfolgreich verhindern (Stoddard et al., 2021). Die wirtschaftlich Mächtigen, die von der Fossilenergie profitieren, betreiben in großem Umfang Propaganda, um eine Politik gegen die Klimakatastrophe zu verhindern (Götze & Joeres, 2020). Machtpolitik und Propaganda werden von Abwehrmechanismen unterstützt, die die Klimakrise auf der psychologischen und symbolischen Ebene lösen und damit Handeln in der Wirklichkeit verhindern (Steurer, 2021). Durch ihren Umfang und durch ihre Langfristigkeit stellt uns die Klimakrise vor einzigartige ethische Dilemmata, die sich nur durch weltweite politische Institutionen auflösen lassen (Gardiner, 2006).

Aber auch wenn klar ist, warum gehandelt werden muss, was zu tun ist, und was das Handeln blockiert: Bisher gibt es nur wenige politische Prozesse, die Erfolg gegen die ökologischen Krisen hatten. Auch wenn Machtgruppen verhindern, dass die Klimakrise wenigstens gemildert wird: die Veränderung der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Machtverhältnisse ist abhängig von politischem Handeln.

Bruno Latour bezeichnet es als Aufgabe des politischen Diskurses, ein Wir herzustellen. Das Wir, das politisch handelt, existiert nicht ohne Diskurs. Das richtige politische Sprechen – das Aussprechen der politischen Wahrheit – ist, so Latour, eine Bedingung des richtigen politischen Handelns. Dabei spielt das Verweisen auf Tatsachen nur eine geringe Rolle. Wichtiger ist es, die Bedingungen für die Stiftung eines Wir so zu erfassen und zu formulieren, dass dieses Wir zustande kommt. Es wird nie auf Dauer bestehen, es ist auf immer wieder neue und erneuerte Diskurse angewiesen.

Bisher ist es nicht gelungen, das Wir des demokratischen Diskurses und das Wir des ökologischen Diskurses wirksam miteinander zu verbinden. Die Natur, die Umwelt, das Außen der menschlichen Gesellschaft, von dem wir abhängen, wird in unserer demokratischen Kultur nicht oder viel zu wenig repräsentiert—und das gilt für die politischen Diskussionen im engeren Sinn wie für die Medien. Wir müssen eine Diskurskultur entwickeln, die nicht nur Tatsachen benennt und an die Handelnden appelliert, sondern die viel mehr gemeinsames Handeln erlaubt, die also ein Wir stiftet, dass gegen die ökologischen Krisen aktiv wird.

Der Graben zwischen politischem und ökologischem Diskurs

In unserem demokratischen Diskurs gibt es einen tiefen Graben – es sprechen zwei sehr unterschiedliche Formen eines Wir. Der Graben wird selten überbrückt, auch wenn sich Vertreterinnen und Vertreterinnen der beiden Lager, die er trennt, immer wieder gegenüber sitzen. Er trennt Aktivistinnen und Aktivisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich zu Klima- und Ökologiebewegung zählen, und die institutionalisierten Politik, große Teile des Journalismus und auch Expertinnen und Experten anderer Fachgebiete voneinander. Nur wenige in der Politik, vor allem Grüne, fühlen sich beiden Seiten zugehörig. Das bedeutet aber nicht, dass sie auf beiden Seiten akzeptiert werden.

Die Diskurse, die auf beiden Seiten dieses Grabens gehalten werden, unterscheiden sich radikal voneinander. Die Mitglieder der Klima- und Ökologiebewegung eint die Überzeugung, dass wir uns nicht nur auf eine globale ökologische Katastrophensituation zubewegen, sondern dass diese Katastrophen bereits begonnen haben. Sie alle gehen davon aus, dass uns nur eine ganz kurze Zeitspanne bleibt, um die schlimmsten Folgen ökologischer Fehlsteuerungen zu vermeiden. Sie kritisieren und sie protestieren, weil die offizielle Politik nur langsam auf diesen Alarm reagiert.

Auf der anderen Seite des Grabens werden die Alarmrufe der Wissenschaft und der Ökologiebewegung durchaus vernommen. Sie führen auch zu Änderungen in der Politik. Sie werden aber nicht als Anlass einer radikalen Kurskorrektur verstanden, sondern als Alarmrufe einer Lobbygruppe unter vielen. Das politische Geschäft und die Öffentlichkeit, in die dieses Geschäft eingebettet ist, unterscheidet sich für die offizielle Politik nicht grundlegend von dem, was wir als Politik gewohnt sind.

Während Klima- und Ökologiebewegung hier, orthodoxe Politik dort durch einen Graben getrennt werden, über den man sich etwas zurufen kann, trennt eine Mauer beide Diskursformationen von den Diskursen der Populisten und Klimaleugner, die weder von den demokratischen Parteien noch von der Wissenschaft erreicht werden. Um in Bild zu bleiben: Die beiden Seiten dieser Mauer kommunizieren nur durch Geschrei. Dieses dritte Lager hat aber in fast allen westlichen Ländern ein erhebliches Gewicht. Große Teile der traditionellen Politik bemühen sich intensiver um Unterstützung dieses Lagers als um die zahlenmäßig oft kleinere Klimabewegung. Die Rebellion, die radikale Teile der Klimabewegung ausgerufen haben, findet um Dimensionen weniger Zulauf als die Rebellionen, die Impfgegner und Pegida-anhänger angezettelt haben, mit publizistischer Unterstützung durch Organe, die mit der gewohnten demokratischen Öffentlichkeit nur dem Anschein nach verwandt sind.

Ich möchte in diesem Aufsatz nicht versuchen den Graben zuzuschütten, von dem ich zu Anfang gesprochen habe. Ich gehöre selbst auf die Seite der Klima- und Ökologiebewegung und würde ihr eher zu wenig, nicht zu viel Radikalität vorwerfen. Ich möchte stattdessen ein Brett über den Graben schieben, über das man sich auf die andere begeben kann, die ich als traditionelle demokratische Diskurskultur bezeichne. Ich bin nicht sicher, wie viel dieser Graben mit der Mauer zu tun hat, die den gewohnten demokratischen Diskurs von den identitären Diskursen trennt. Aber ich möchte abschließend wenigstens die Hypothese formulieren, dass eine ökologische Erweiterung und Neubegründung des demokratischen Diskurses den Boden, auf dem antidemokratischen Polarisierer ihre Mauer errichtet haben, weniger tragfähig macht.

Ich möchte hier einige Themen und Aufgaben einer ökologischen Diskurskultur skizzieren. Sie ergeben sich aus der Zielsetzung, eine demokratische Antwort auf die großen ökologischen Krisen zu finden, und sie schließen ausdrücklich oder nicht ausdrücklich an die vielen Versuche an, politische Diskurse zu entwickeln, die diesen Krisen gerecht werden.

Lässt sich ein ökologisches Politik-Paradigma nach dem liberalen und dem sozialistischen formulieren?

Wie die Stadt Graz gerade das Thema *Klima* angeht zeigt, wie ein ökologisches Thema in die Kategorien der politischen Arbeit übersetzt wird - man könnte auch sagen: Wie ein ökologisches Thema *geframet* wird. Für die meisten auf der Linken ist das Klima ein soziales Thema. Für die Liberalen und Konservativen ist es vor allem ein wirtschaftliches

Thema. Die Grünen thematisieren als einzige Partei ökologische Themen als solche, aber auch sie übersetzen sie oft in den liberalen oder in ein sozialdemokratisch-/sozialistisches Framework.

Eine ähnliches Problemverständnis findet sich auf allen politischen Ebenen, auf denen die Klima- und die anderen ökologischen Krisen verhandelt werden. Sie werden auf der einen Seite noch immer ökonomistisch wirtschaftlich bewertet, und es werden wirtschaftliche Lösungen für sie entwickelt, die den Rahmen der aktuellen Wirtschaftsordnung und des Entwicklungsmodells, das in diese Krisen geführt hat, nicht sprengen. Auf der anderen Seite werden sie als Schauplatz einer sozialen Auseinandersetzung begriffen, die man oft mit den herkömmlichen Klassenbegriffen erfassen kann.

Hinter diesen Rahmungen stehen das liberale und das sozialistische Politikverständnis, die unsere politische Kultur dominieren. Beide sind nicht falsch. Unsere politische Kultur und unsere Institutionen sind ein Ergebnis der liberalen Politikverständnisses, das sich über Jahrhunderte und in Österreich nach dem ersten Weltkrieg durchgesetzt hat. Dass Österreich heute ein funktionierender Sozialstaat ist, geht auf die sozialistischen Traditionen zurück. Die Sozialpartnerschaft in Österreich ist eines ihrer Ergebnisse. Die sozialistischen Ziele wurden in vielen Ländern auch dadurch wenigstens zum Teil umgesetzt, dass sie in die Sprache des liberalen Politikverständnisses übersetzt wurden. Ein wichtiges Beispiel dafür ist die Erweiterung des Katalogs der Menschenrechte.

Der sozialdemokratisch-sozialistische Diskurs hat nach dem zweiten Weltkrieg eine kulturelle Hegemonie erreicht, und damit auch die demokratischen Staaten transformiert. Zum Teil, aber nicht durchgängig, wurde er vom liberalen bzw. neoliberalen abgelöst. Heute brauchen wir die hegemonie eines ökologisch-politischen Diskurses.

Pierre Charbonnier hat in seinem Buch *Abondance et liberté* aus einer ökologischen Perspektive die Geschichte dieser beiden erfolgreichen politischen Strömungen und Diskursformationen rekonstruiert. In ihnen wird das, was wir heute Ökologie nennen, nicht ausdrücklich erwähnt. Sie beruhen aber auf Annahmen und Aussagen dazu. So spielt in der liberalen und aufklärerischen Tradition der Gedanke, dass die Natur mangelhaft ist und *verbessert* werden muss, damit die Menschen gut leben können, eine große Rolle. In der sozialistischen Tradition werden ökologische Themen oft unter dem Titel *Reproduktion* behandelt. Gemeinsam ist beiden Traditionen, dass es eine enge Verbindung von Freiheit und materiellem Überfluss und damit auch einer Intensivierung der Produktion gibt.

Pierre Charbonnier begründet in seinem Buch, dass ein ökologischer politischer Diskurs und eine ökologische Politik, die die liberalen und den sozialistischen Formationen ablösen können, noch nicht existieren und erst noch erarbeitet werden müssen. Dass ein ökologisches Politikmodell notwendig ist, ergibt sich aus der Einsicht in die ökologischen

Krisen. Aber es klaffen riesige Lücken zwischen der Einsicht in diese Notwendigkeit und einem Diskurs, der tatsächlich eine politische Einigung auf einen ökologischen Rahmen des gesamten politischen Handelns begründen kann.

In Graz hat sich sehr konkret gezeigt, wie sprachlos die Politik angesichts der Herausforderungen durch die ökologischen Krisen ist. Die Eröffnungsbilanz des Klimaplanes wurde einstimmig akzeptiert. Wenn man sie genau liest stellt man fest, dass sie einen radikalen Bruch damit bedeutet, wie in Graz Wirtschaft und Politik bisher funktionieren. Aus der Eröffnungsbilanz geht hervor, dass die Grazerinnen und Grazer zu Zeit in jedem Jahr pro Person 13,7 Tonnen CO₂-Äquivalente erzeugen – durch die Produktion hier in Graz und durch den Konsum von Gütern und Dienstleistungen, die an anderen Orten Treibhausgase freisetzen. Wenn diese Emissionen bis 2030 auch nur halbiert werden sollen – und das reicht bei weitem nicht aus, um einen fairen Anteil am globalen Stopp der Emissionen zu übernehmen – dann müssen sich Produktion und Konsum in wenigen Jahren radikal verändern und vor allem für viele radikal verringern.

Mit den herrschenden politischen Diskursen, dem liberalen und dem sozialistischen, ist eine solche Veränderung schwer zu vereinbaren und vor allem lässt sie sich mit ihnen nur schwer begründen. Für den liberalen Diskurs bedeutet sie eine Einschränkung der persönlichen Freiheit, die nur zu legitimieren ist, um größere Freiheitseinschränkungen zu vermeiden, so wie es das deutsche Verfassungsgericht in seinem Urteil zu deutscher Klimapolitik ausgeführt hat. Mit dem liberalen Diskurs ist es auch vereinbar, auf wirtschaftliche Vorteile durch eine frühzeitige Umstellung auf nachhaltiges Wirtschaften zu setzen. Die dazu nötigen Eingriffe in die Wirtschaft und vor allem die Einschränkungen des Konsums der Reichen bedeuten aber einen deutlichen Bruch mit der liberalen Politik, die sich in den letzten Jahrzehnten durchgesetzt hat. Für den sozialistischen Diskurs ist vermittelbar, dass die globale Erhitzung zu extremen sozialen Ungerechtigkeiten führt. Mit einem linken Diskurs lässt sich auch eine Verbesserung der sozialen Einrichtungen vor Ort und eine Politik der Umverteilung begründen. Aber die sozialistische Politik ist auf die Verbesserung der materiellen Situation der Benachteiligten und an der Integration in die Produktion ausgerichtet.

Ökologische Politik ist gegenüber diesen Diskursen lange als Schutzpolitik formuliert worden, wobei dieser Schutz der Natur wiederum auch mit menschlichen Interessen begründet werden kann. Gegenüber dem liberalen und dem sozialistischen Politik-Paradigma bedeuten solche Argumentationen vor allem eine Beschränkung.

Eine ökologische Diskurskultur muss es schaffen, die Herausforderungen durch die Überschreitung der planetaren Grenzen mit konkreten politischen Formulierungen zu verbinden, die nicht nur eine Einschränkung bedeuten. Dazu ist es wichtig, als ihre Grundlage nicht nur die Freiheitsrechte von Individuen oder die sozialen Ansprüche von Gruppen anzusehen, sondern eine Ebene, die fundamentaler ist und ohne die individuelle und soziale Rechte nicht in Anspruch genommen werden können. Ansätze dazu bietet ein umfassender Gesundheitsbegriff, aber auch ein Autonomieverständnis, das

Selbstbegrenzung als Voraussetzung der Selbständigkeit begreift. In einer engen Beziehung zu beiden steht die Analyse der materiellen Voraussetzungen der eigenen wirtschaftlichen Existenz und damit die Einsicht in die materiellen Abhängigkeiten und Ungerechtigkeit. Der Krieg in der Ukraine weist uns gerade nachdrücklich darauf hin, wie eng unsere politische Freiheit und unser materieller Wohlstand mit der Ausbeutung materieller Ressourcen verbunden ist. Zu einer Diskurskultur in einer Epoche der ökologischen Krisen gehört es auch, die Verunsicherungen und Ängste aufzunehmen, die diese Krisensituationen verursachen. Auch das ist eine vor allem diskursive Aufgabe.

Unsere aktuellen politischen Diskurse sind auf Produktion, Innovation und Wachstum bezogen. Eine terrestrische (Bruno Latour) Diskurskultur wird dagegen eher auf die Regeneration des Vorhandenen ausgerichtet sein. Sie wird nicht auf die Mangelhaftigkeit des Bestehenden durch das Versprechen von zukünftigem quantitativen Wachstum reagieren.

Latour und Schulz sprechen in ihrem Buch von einer neuen ökosozialen Klasse als Trägerin einer ökologischen Politik. Diese Klasse ist *performativ* definiert, also nicht nur durch eine gemeinsame Lage, sondern auch durch ein gemeinsames Bewusstsein. Die Aufgabe dieser Klasse ist es, die anderen Klassen zu vereinen. Woraus könnte diese Klasse in Graz bestehen? Sie wäre ein Amalgam aus den jungen Leuten, die die Folgen der ökologischen Krisen vor allem erleben werden, aus den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und allen, die die Tragweite dieser Krise verstehen, aber auch allen denen, die sich vor allem um die Gesundheit und die Reproduktion kümmern.

Diese ökosoziale Klasse umfasst nicht unbedingt die Mehrheit der Gesellschaft. Sie ist nicht durch ihre Rolle in der Produktion und der Erstellung von Werten definiert, wie es die Klassen im Marxismus sind. Ihre Dominanz zu fordern bedeutet nicht, die Notwendigkeit der Produktion zu ignorieren, sondern sie den Notwendigkeiten der Reproduktion unterzuordnen.

Ich habe oben vom liberalen und vom sozialistischen Diskurs gesprochen, und keinen konservativen Diskurs erwähnt. Der konservative Diskurs hat sich in den letzten Jahrzehnten – jedenfalls was seine Wahrnehmung angeht – beinahe aufgelöst. Er hat sich dem liberalen untergeordnet oder dem reaktionären, auf Souveränität und Territorium ausgerichteten Diskurs der populistischen Rechten untergeordnet. Der konservative Diskurs, der an bäuerlichen Werten, an Resilienz und Reproduktion orientiert ist, setzt sich möglicherweise in einem demokratisch-ökologischen Diskurs fort.

Zu den Ressourcen, die wir haben, um auf aktuelle Krisen zu reagieren, gehören ethische, politische und religiöse Traditionen. Eine zeitgemäße Diskurskultur muss an diese Traditionen anschließen. In diesen Traditionen finden wir auch Sprachen und Interpretationspraktiken, durch die wir auf lokale Verhältnisse, auf die Ökosysteme und Landschaften in unserer Nähe reagieren können.

Wichtige Beiträge zur Begründung einer ökologischen Politik, die das liberale und das sozialistische Politikparadigma ablösen, stammen von Bruno Latour und Philippe Charbonnier. Charbonnier stützt sich dabei auf eine ausführliche Analyse der neuzeitlichen politischen und ökonomischen Theorien. Für Latours Ansatz ist das Konzept *Gaia* zentral.

Das Konzept eines hegemonialen Diskurses als Voraussetzung für die Gewinnung politischer Macht geht vor allem auf Gramsci zurück. Kallis und ... behandeln es in ihrem Aufsatz *Degrowth and the State*. Auch Latour und Schulz greifen darauf in ihrem Memo zu den geosozialen Klassen zurück.

Zum Hintergrund meiner Überlegungen gehört die Kritik an ökonomistischen Bewertungen der Folgen der ökologischen Katastrophen. So wichtig diese Überlegungen sind, so unzureichend sind ökonomische Bewertungen zur Begründung des Handelns gegen die Klimakrise. Weder lassen sich die Risiken beziffern, die damit verbunden sind, dass der *safe operating space* des Holozän verlassen wird, noch lässt sich der Wert z.B. von Tier- und Pflanzenarten ökonomisch beziffern.

Muss sich das Verhältnis von unpolitischer Wissenschaft und pluralistischer demokratischer Entscheidungsfindung ändern?

Eine politische Diskurskultur ist eine Kultur des Sprechens über öffentliche Angelegenheiten. Eine ökologische politische Diskurskultur befindet sich im Augenblick in einem nicht leicht zu beschreibenden Territorium zwischen wissenschaftlichen Diskurskulturen auf der einen Seite und den bestehenden politischen Diskursen auf der anderen. Dabei gehört es zum gängigen Verständnis von Wissenschaft, dass sie unpolitisch ist, also nicht politisch Stellung bezieht.

Die Politik bezieht sich auf *die* Wissenschaft einerseits positiv. Sie benutzt sie zur Legitimierung. Andererseits definiert sie sich aber auch durch ihren Abstand von der Wissenschaft. Die Klimapolitik der Stadt Graz zeigt diese Beziehungen gut. Die Stadt bemüht sich um wissenschaftliche Beratung, allerdings bisher immer nur punktuell. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Graz und ihre Institutionen nehmen ihrerseits nur selten und oft nur indirekt politisch Stellung. Wenn es solche Stellungnahmen gibt, führt das oft zu der Gegenargumentation, dass die Wissenschaft selbst politisiert sei.

Die konkrete Politik der Stadt wird dabei noch von einer dritten Ebene bestimmt, der Verwaltung. Auch hier gibt es Expertenwissen. Die Fachleute in der Verwaltung übersetzen politische und wissenschaftliche Aussagen in administrative Maßnahmen und Vorgaben. So sind die Arbeiten am Klimaplan der Stadt Graz vor allem eine Angelegenheit der zuständigen Abteilungen der Stadtverwaltung. Damit verbunden ist, dass Bürgerinnen und Bürger als Nichtfachleute an den entsprechenden Diskursen kaum teilnehmen können.

Eine ökologische Diskurskultur soll es ermöglichen, dass sich eine politische Einheit, also z.B. die Stadt Graz, verständigt und durch diese Verständigung auch über sich selbst verständigt. Dazu

- muss sich die Wissenschaft konkret in die Politik einmischen, nicht durch Statements, sondern durch konkrete Gestaltung
- müssen abgestimmte Vorgaben für alle überprüfbar sein und also auch allen kommuniziert werden
- müssen die politischen Stakeholder ihre Politik in einem *erdsystemwissenschaftlichen Diskurs* neu definieren - möglichst auch im Diskurs miteinander.

Wir brauchen eine Bestimmung des politischen Raums, eine von den Ergebnissen der Erdsystemwissenschaft bestimmte Kartierung der politisch relevanten Zonen und eine Diskussion über konkrete Szenarien. Die Diskussion dieser neuen politischen Landschaft und dieser Szenarien ist der Inhalt eines ökologischen Diskurses.

In der Wissenschaft selbst ist seit Jahren zu beobachten, dass die Position der neutralen Expertin oder des neutralen Experten verlassen wird und durch politisches Engagement und Aktivismus abgelöst wird. Dieser Rollenwandel ist mit dem offensichtlichen Versagen der bisherigen demokratischen Politik angesichts der Klimakrise eng verbunden. Es handelt sich dabei nicht um eine Politisierung der Wissenschaft im Sinne einer Parteinahme für persönliche politische Positionen, sondern um politische Konsequenzen aus wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Die Erdsystemwissenschaft und der Forschungsstand zum Anthropozän und den planetaren Grenzen betrifft die Wissenschaft, die sich nicht mehr apolitisch verstehen kann. Es betrifft aber auch die Politik, die sich als *Politik der Natur* verstehen muss. Sie findet in anderen Räumen statt: nicht mehr auf Territorien mit klaren Grenzen, in denen sich überdies klar unterscheiden lässt, was *sozial* und was *natürlich* ist. So wie es eine ökologische Ökonomie gibt, die mit den *material flows* einen eigenen gegenstandsbereich abgrenzt und erforscht, so muss es auch eine Politik geben, die die Gegebenheiten des Erdsystems in politische Gegebenheiten übersetzt.

Scheitert unser Modell der Pressefreiheit angesichts der wissenschaftsfeindlichen Propaganda?

Polarisierung als Instrument des Rechtspopulismus

Die Corona-Leugner-Demos waren der letzte und bisher drastischste Ausdruck einer wissenschaftsfeindlichen politischen Haltung.

Zu dieser Haltung gehört eine Polarisierung, ein Freund-Feind-Schema und die Abkopplung von den offiziellen politischen Diskursen.

Es ist gut erforscht, wie vor allem in Amerika diese Polarisierung den Boden für Trump bereitet hat. Sie führt zu einer *epistemic crisis*, die von Interessierten befeuert wird. Zu den Interessierten gehören die Fossil fuel-Industrie und autoritäre Regime.

Verbindung von medialer Polarisierung und antiwissenschaftlicher Manipulation

Heute übernimmt dieser polarisierte, territorialistische Diskurs immer mehr auch die wissenschaftsfeindliche Propaganda, die über Jahrzehnte aus wirtschaftlichem Interesse heraus vor allem von der Fossil Fuel-Industrie gefördert wurde. Seit dem Beginn der Erforschung der ökologischen Krisen, eigentlich schon seit dem Beginn einer ökologischen Bewegung, haben Interessengruppen publizistisch gegen ökologische Politik mobilisiert. Sie waren und sie sind dabei erfolgreich. Milliardäre, die gezielt politisch manipulieren, spielen dabei eine wichtige Rolle. Andererseits wird sie von den monopolistischen und werbefinanzierten Internetplattformen begünstigt.

Die Verbindung von antiökologischer Propaganda und antiliberaler Polarisierung ist ein Hinweis darauf, dass es Zusammenhänge zwischen den ökologischen Krisen und der Krise der Demokratie gibt.

Für diese Gruppen ist es charakteristisch, dass sie vor der Spaltung der Gesellschaft warnen und sie zugleich betreiben. Die Polarisierung ist dabei vor allem ein mediales Phänomen, sie gehört zu einer Gegenöffentlichkeit, die sich gegen die Öffentlichkeit der demokratischen, liberalen Gesellschaft abdichtet.

Polarisierung als Falle für den ökologischen Diskurs

Dieser wissenschaftsfeindliche Formation steht in einem strikten Gegensatz zur allen ökologischen Gruppierungen. Beide verbindet aber die Gegnerschaft zum liberalen Entwicklungsmodell und das Verlangen nach radikalen Änderungen. Die rechtspopulistischen Kräfte übernehmen Protestformen aus der Ökologiebewegung - oft mit mehr Erfolg als ihre Erfinder.

Die Klimabewegung und die Ökologiebewegung insgesamt haben keine Chance sich politisch durchzusetzen, wenn sie die Polarisierung betreiben, von der die populistische Rechte lebt. Sie muss auf eine nichtpolarisierende Diskurskultur setzen. Damit steht sie aber vor der ungeheuer schwierigen Aufgabe, inhaltlich keine falschen Kompromisse zu machen. Sie muss klar machen, dass die Radikalität ihrer Forderungen das Ergebnis einer bis heute fortgesetzten falschen Entwicklung ist und nicht einer bewusst betriebenen Polarisierung. Je tiefgreifender die geforderten Veränderungen sind, desto inklusiver muss der Diskurs sein, mit diese Veränderungen begründet werden.

Zerstörung des öffentlichen Diskurses als Gefahr für die Demokratie

Zu unserer Demokratie gehört die Pressefreiheit, und zur Pressefreiheit gehört es, dass die Handelnden nicht die direkt politisch Handelnden. Zur Pressefreiheit gehört auch, dass journalistische Arbeit unabhängig von Wirtschaftsinteressen ist. Hier werden die Grundpfeiler der Demokratie zu Balken im Auge der Demokratinnen und Demokraten. Pressefreiheit und Meinungsfreiheit werden benutzt, um Propaganda zu verbreiten. Regulierungen, die die Unabhängigkeit von Medien sicherstellen, werden gezielt unterlaufen, und gleichzeitig arbeiten die wichtigsten Plattformen für die Verbreitung von Inhalten weitgehend oder völlig unabhängig von jeder Regulierung.

Blockiert die Globalisierung lokales demokratisches Handeln gegen die ökologische Krisen?

These: Eine ökologische demokratische Politik muss lokale Entscheidungen treffen können. Die Handelnden müssen lokal definiert werden, nicht als Komponenten eines globalen Marktes.

Globale und lokale Verantwortung

Die ökologischen Krisen der Gegenwart betreffen den ganzen Globus und sie erfordern globales Handeln. Katastrophen lassen sich aber nur verhindern, wenn dieses Handeln lokal ist. Die Komponenten des Erdsystems, die lokalen ökologischen und sozialen Systeme müssen so funktionieren und so miteinander verbunden sein, dass die Grenzen des Erdsystems insgesamt nicht überschritten werden. Wir sind an jedem Ort des Erdsystems für die lokalen Systeme verantwortlich. Nur so können wir den Handlungsraum des gesamten Erdsystems bewahren. Wir müssen deshalb eine *terrestrische* (Latour, 2018), irdische Politik machen, nicht eine Politik, die von der Fiktion einer globalen Entwicklung und eines globalen Marktes ausgeht.

Der Hinweis darauf, dass wir mit unserem Handeln, wo immer wir sind, die Klimakrise nicht aufhalten können, ist nur richtig, wenn man den Kontext der eigenen Handlungen ignoriert. Richtig ist dagegen vor allem, dass die Klima- und die anderen ökologischen Krisen nur dann bekämpft werden können, wenn überall auf der Erde gehandelt wird.

Terrestrische Politik und lokale Versorgungssysteme

Terrestrische Politik bedeutet nicht auf lokale Autarkie zu setzen. Mit Lokalität ist nicht nur und ist auch mehr als räumliche Nähe gemeint. Die Orientierung des Handelns an einer globalen Zukunft, in der die jetzt offensichtlichen Probleme irgendwann irgendwie gelöst werden, bedeutet den Verzicht darauf, die Voraussetzungen und Folgen der eigenen Handlungen, die Abhängigkeiten, die man dafür eingeht, zu verstehen. Ökologische Politik scheitert dann an der Abhängigkeit von globalen Konkurrenzsituationen, die sich jeder politischen Kontrolle entziehen.

Terrestrische Politik bedeutet, dass eine politische Einheit ihre eigenen Versorgungssysteme ökologisch verantwortbar gestaltet. Sie müssen mit den planetaren Grenzen vereinbar sein. Um das sicherstellen zu können, müssen diese Versorgungssysteme politisch kontrolliert werden können. Je kleinräumiger die politischen Einheiten sind, die für die Versorgungssysteme verantwortlich sind, desto einfacher ist eine solche Kontrolle und desto resilienter sind die Systeme.

Für den politischen Diskurs bedeutet das, wie Latour es sagt, den eigenen Handlungsraum so zu beschreiben, dass das *Wo* und das *Wovon* des Lebens zur Deckung gebracht werden. Wenn wir einer Stadt wie Graz leben, dann müssen wir zur Sprache bringen, wie wir von diesem Territorium leben, wovon wir dort abhängen. Für das, wovon wir nicht hier vor Ort leben, haben wir nicht weniger Verantwortung.

City Donuts sind ein Versuch, lokale Versorgungssysteme innerhalb der planetaren Grenzen aufzubauen. Ein lokalisierte politischer Diskurs macht diese System verständlich und gestaltet sie.

Zu den Schwierigkeiten eines ökologisch verantwortbaren Handelns gehört aber auch dass die lokalen handlungen an einem Ort mit ebenfalls lokalen Handlungen an ganz anderen orten verbunden sind. Die globalen Probleme sind nur lokal zu lösen, aber die lokale Lösung betrifft möglicherweise und oft globale netzwerke.

Einerseits ist deshalb die lokale Politik auf internationale Kooperationen angewiesen - aber oft auf ganz andere Kooperationen als in einem territorialen, also z.B. nationalen Namen nahe lägen. Andererseits lassen sich lokale Versorgungssysteme nur dann lokalisiert managen, wenn den lokal politisch Verantwortlichen nicht durch ihre Einbindung in einen globalen Markt die Handlungsmöglichkeiten aus der Hand genommen werden. Wenn die lokale Autofabrik oder der lokale Schweinezuchtbetrieb primär für den Weltmarkt produziert und davon die lokalen Arbeitsplätze und die lokalen Steuern abhängen, hat die lokale Politik nur sehr beschränkte Handlungsmöglichkeiten. eine ökologische Demokratie ist deshalb – wenigstens in großem Umfang - eine lokalisierte Demokratie, die auf kleine Einheiten ausgerichtet ist.

Auch hier ist es vor allem eine Frage, wie solche lokalen Ökologiemodelle aussehen können und ob sie sich durchsetzen können.

Gerade lokale ökologische Lösungen haben das Potenzial zu Evolutionen die dann mehr als nur lokale Konsequenzen haben. Sie erlauben sicher oft nicht die Menge des materiellen Konsums, die jetzt möglich - insbesondere für die 10% der global Wohlhabenden. Sie können aber sehr viel mehr auf umfassendes Wohlbefinden, auf das *gute Leben* der lokalen bevölkerung ausgerichtet sein. Damit brechen sie mit der Tradition der Uniformität in großen Territorien, die zum neuzeitlichen Staat und zur internationalen und schließlich globalen kapitalistischen Wirtschaft gehören. Wie sie sich umsetzen lassen, ist eine offene Frage. Aber es spricht sehr viel dafür, dass sie umgesetzt werden müssen.

Zur Kritik am globalistischen Diskurs gehört es auch, die Entlokalisierung als illusionär und gemacht zu enthüllen. Informationen und Diskurse sind materielle Phänomene, die einen Ort und eine Zeit haben. Sie sind in einer spezifischen Weise mit anderen Orten verbunden, nicht in einer neutralisierenden, immateriellen Weise.

Zu einer politischen Diskurskultur gehört für mich als Voraussetzung, diesen lokalen und begrenzten Charakter zu akzeptieren. Damit unterscheidet sie sich von den populistischen Gewaltphantasien, die etwas Lokales absolut setzen, und von dem globalistischen/neoliberalen Diskurs, der das Lokale ignoriert.

(Stichwort: Weltmarkt statt Demokratie“) Wie kann man die Demokratie lokalisieren? Wie sind lokalisierte demokratische Diskurse möglich, die lokale Evolutionen erlauben?

** Eine ökologische Diskurskultur muss lokalisierte Versorgungssysteme herstellen, die mit den planetaren Grenzen und globaler ökologischer Gerechtigkeit vereinbar sind. -

Globale Indizien: Aufdrängen eines Entwicklungsmodells - Lokale Indizien:

Abhängigkeit von globalen Märkten, Konsumbasierte Emissionen - Schaffen wir es, die lokale und regionale Entwicklung auch lokal und regional zu steuern?

Es geht mir um eine Lokalisierung oder Territorialisierung unseres politischen Diskurses, um die Berücksichtigung der Abhängigkeiten, in denen wir uns als irdische, terrestrische Wesen befinden, die nur an einem Ort leben können und auf die Verbindungen dieses Ortes zu anderen Orten angewiesen sind.

Die politische Diskurskultur, an die wir uns gewöhnt haben, ignoriert diesen Ort weitgehend. Für sie steht dieser Ort, vereinfacht gesagt, in einem globalen Wettbewerb. Sie setzt voraus, dass dieser Ort von Ressourcen lebt, die beliebige Orte auf dem Globus zur Verfügung stellen. Der politische Diskurs thematisiert diese Beziehungen aber höchstens unter wirtschaftlichen Aspekten.

Der polarisierende Antiglobalisierungsdiskurs ändert diese Beziehungen nicht, er blendet sie allenfalls noch weiter aus. Er schreibt uns eine fiktive, naturalisierte Identität zu, die unsere Position und unsere Ansprüche rechtfertigt.

Können nichtmenschliche Akteure, etwa Tier- und Pflanzenarten, Ökosysteme oder Landschaften zu politischen Subjekten werden?

These: Die politisch Handelnden dürfen nicht mehr anthropozentrisch definiert werden.

Unsere Demokratie ist anthropozentrisch definiert: die politisch Handelnden sind Menschen und Gruppen, und auch das Rechtssystem kann bis auf wenige Ausnahmen nur die Rechte von Menschen und Vereinigungen von Menschen. Eine weitere Herausforderung der Demokratie im Anthropozän besteht darin, die Begrenztheit dieses Ansatzes zu erkennen und anzuerkennen, dass auch andere Wesen als Menschen Rechte haben und politisch handeln können. Es wurden und werden viele Diskussionen zu

diesem Thema geführt. Oft geht es dabei um Respekt und Schutz der Natur. Die ökologischen Krisen machen es aber darüber hinaus auch nötig, die Handlungskraft der Natur, des *land* anzuerkennen und mit ihr, statt sie auszubeuten, politische und wirtschaftliche Bündnisse zu schließen.

Bündnisse mit der Natur und regenerative Politik

Natur nicht nur als Objekt der Ausbeutung oder auch als in sich selbst schutzwürdig anzuerkennen, sondern gesellschaftliche Entwicklungen als Teil natürlicher Prozesse zu verstehen, ist geboten, weil die Natur oder das Erdsystem selbst Möglichkeiten bietet, gegen die ökologischen Krisen zu handeln. Menschen, denen dieser Gedanke phantastisch, romantisch oder animistisch vorkommt, sollten sich mit den Erkenntnissen der Klimawissenschaft zu *nature based solutions* oder *ecosystem based solutions* beschäftigen.

So radikal die Forderung, die Emissionen von Treibhausgasen auf 0 zu reduzieren vielen erscheint – er ist nicht radikal genug. Um deutlich unter 2° globaler Erwärmung zu bleiben, müssen wir der Atmosphäre CO₂ entziehen. Das ist nur realistisch, wenn Ökosysteme uns dabei unterstützen. Statt zu überlegen, wie wir ihnen möglichst viel Ressourcen entziehen, werden wir unsere Wirtschaft vor allem darauf ausrichten müssen, wie wir ihre Fähigkeit vergrößern, Treibhausgase zu reduzieren.

Nature based solutions können erfordern, einen wilden Zustand zu erhalten oder wiederherzustellen. Sie können aber auch darin bestehen, Kulturlandschaften zu pflegen und zu entwickeln - also das, was bäuerliche Gesellschaften immer schon getan haben. Es kommt also nicht nur darauf an, die Umwelt nicht durch das eigene Verhalten zu schädigen, also z.B. nur soviel Treibhausgase zu emittieren, wie aufgefangen und gespeichert werden können. Es geht darüber hinaus darum, Landschaften so weiterzuentwickeln, dass sie ihr Regenerationspotenzial entfalten. Angesichts der ökologischen Katastrophensituation muss diese Regeneration zum Ziel wirtschaftlichen und politischen Handelns werden. (Agroökologie, Boden-Degradation, Moore, Städte)

Solche *Koalitionen menschlicher und nichtmenschlicher Akteure* sind nicht nur nötig, um die globale Erhitzung in den Griff zu bekommen. Auch die anderen großen Krisen, die durch das Überschreiten der planetaren Grenzen zustande kommen – die Biodiversitätskrise, die Krise des Phosphor- und Stickstoffzyklus und die Krise, die der Eintrag neuer Substanzen in die Natur bewirkt, lassen sich nur lösen, wenn die Handlungskraft der *Natur* anerkannt wird.

Human stewardship

Die Autoren des Tipping Points-Papiers stellen fest, dass sich nur durch *human stewardship* ein ökologischer Zustand erreichen lässt, der es erlaubt, unter Holozän-ähnlichen Bedingungen zu leben. Sie sagen damit, dass die Menschen im Anthropozän

Verantwortung für das Erdsystem, für Gaia haben. Diese Verantwortung besteht aber darin, den anderen Handelnden in diesem System die Möglichkeit zu geben, zu interagieren und sich weiterzuentwickeln. Übersetzt in die Institutionen und Praktiken einer Demokratie bedeutet das, dass Entitäten, die man bisher als *natürlich* angesehen hat, Rechte und eine politische Stimme bekommen.

Man kann solche Rechte in zwei verschiedenen Weisen verstehen: Als Rechte der Menschen auf ein Leben in einer gesunden Umwelt oder als Rechte, die auch unabhängig von menschlichen Rechten bestehen. Rechte von Menschen auf ein gesundes Leben sind dann einklagbar, wenn Menschen geschädigt werden, wie z.B., als das deutsche Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung verurteilte, die Rechte der jungen Generation nicht durch zu wenig Emissionsreduktion in der nahen Zukunft zu beeinträchtigen. Der Natur darüber hinaus Rechte zuzusprechen basiert auf ethischen Prinzipien und auf der Einsicht, dass das Erdsystem sich in einer Weise selbst steuern kann, die durch menschliche Eingriffe beeinträchtigt wird. Es geht dabei um eine Selbstbegrenzung aus Einsicht in die Unüberschaubarkeit der Folgen von menschlichen Handlungen.

Rechte der Natur in der Demokratie

Für die Demokratie ist die Anerkennung von Rechten der Natur eine weitere Herausforderung. Noch größer wird die Herausforderung, wenn man sich klar macht, was *stewardship* über die Anerkennung von Rechten hinaus bedeutet: Menschlichen Aktivitäten werden durch das Funktionieren von Ökosystemen nicht nur beschränkt, sie müssen sich auch positiv daran orientieren. Damit werden Kollektive aus menschlichen und nichtmenschlichen Akteuren zu politisch Handelnden. Das widerspricht der *modernen* politischen Ontologie, in der Gesellschaften durch die Vergesellschaftung von Menschen entstehen und Natur als Außen und Mittel zum Zweck verstanden wird. Es widerspricht aber nicht der historischen Realität, in der die Qualitäten moderner Gesellschaften gerade durch die gesteigerte Ausbeutung natürlicher Ressourcen ermöglicht werden. *Wir sind nie modern gewesen*, wie ein der Titel eines Buches von Bruno Latour lautet.

In den letzten Jahren wurde immer öfter betont, auch im letzten Bericht des IPCC, dass das Wissen indigener Völker eine wichtige Rolle bei der Erhaltung von Ökosystemen hat. Wo Rechte der Natur juristisch verankert werden, werden deshalb oft auch indigene Gesellschaften mit einem besonderen Rechtsstatus anerkannt. In einer ökologischen Demokratie würde aber der Gegensatz zwischen vormodernen, indigenen Kulturen und *der* (als einer globalen Einheit verstandenen) modernen Kultur hinfällig. Es würden spezifische Regulierungen, Wissens- und Rechtssysteme entstehen, die mit den ökologischen Gegebenheiten z.B. in einer Küsten oder einer alpinen Region viel enger zusammenhängen, als wir das in unseren modernen Traditionen gewohnt sind.

(Stichwort: Human Stewardship) Wie lässt sich die materielle, geosoziale Basis im Diskurs repräsentieren** Wie kann man Ökosysteme in die Demokratie einbeziehen? Eine ökologische Diskurskultur ist irdisch, *terrestrisch*, im Gegensatz zu *global*. Sie sieht die lokalen Gegebenheiten nicht vor allem als Bestandteile eines globalen Marktes. Wie kann man nichtmenschliche Akteure im Diskurs etablieren?*** Eine ökologische Diskurskultur muss handlungsfähige Kollektive menschlicher und nichtmenschlicher Akteure herstellen. Sie unterscheidet sich von den anthropozentrischen politischen Diskursen der Neuzeit. - Globale Entwicklung: Anthropozän und Human Stewardship - Lokale Entwicklung: Verantwortung für die Ökosysteme hier, Regionalisierung

Mir geht es nicht, jedenfalls nicht direkt, um die Polarisierung zwischen rechten Populisten und den liberalen (im weitesten Sinn) Diskursen, die unser herkömmliches demokratisches Spektrum ausmachen. Mir geht es um eine politische Diskurskultur, die andere als die bekannten politischen Akteure einführt, z.B. Gletscher, die Schneedecke, invasive Insekten und sich verändernde Wälder. Ich stelle die Frage, wie wir mit diesen Akteuren in Zukunft Politik machen werden und ich versuche zu beantworten, warum wir sie als politische Akteure begrüßen müssen.

Adaptation

Eine ökologische Diskurskultur muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir uns den sich verändernden ökologischen Bedingungen anpassen.

Minderung

Darüber hinaus muss eine ökologische Diskurskultur aktiv ökologische Katastrophen verhindern. Sie muss darauf ausgerichtet sein, dass wir falsche Entwicklungen der Gegenwart und der Vergangenheit korrigieren.

Beide Diskurstypen, die liberalen und die identitären, kann man als *anthropozentrisch* oder auch als *soziozentrisch* bezeichnen (wenn man davon ausgeht, dass Gesellschaften nur aus Menschen bestehen). Für sie finden Gesellschaft und Politik in einer weitgehend stabilen Umwelt statt. Die Beziehungen zu dieser Umwelt sind von einem ganz anderen Typ als die Beziehungen der Mitglieder der Gesellschaft zueinander. Gletscher, Flüsse oder Wälder sind keine Subjekte.

Wir haben gerade eine Krise erlebt, und wir sind aus dieser Krise noch nicht herausgekommen, in der ein nichtmenschlicher Akteur, nämlich ein Virus, unsere Gesellschaft deutlich verändert hat, bis hin zu so *menschlichen* Dingen wie den Abständen, die wir zueinander einhalten. Der Krieg in der Ukraine macht uns klar, wie sehr wir von materiellen Flüssen abhängen, wie sehr sogar die Akzeptanz unserer liberalen Ordnung davon abhängt, dass wir fossile Energien erhalten. Zugleich zeigen uns die Veränderungen der Gletscher, der Flüsse und der Wälder, dass sie in unsere Geschichte involviert sind. Wir müssen ihnen keine Innerlichkeit, keinen Willen zuschreiben (obwohl

nicht einmal sicher ist, dass Wälder nicht kommunizieren können), aber wir können uns selbst immer weniger aus der *Natur*, aus der Welt dieser Akteure um uns herum herausnehmen. Wir sind mit anderen Arten, mit materiellen Flüssen, mit klimatischen Bedingungen verwoben. Schon kleine Veränderungen in der Gesellschaft mit diesen Phänomenen, Gegebenheiten oder Entitäten—wie immer wir sie nennen wollen — verändern die Beziehungen der Menschen zueinander und entscheiden darüber, ob und wie menschliches Leben möglich ist.

Eine ökologische politische Diskurskultur bezieht diese Bedingungen nicht nur in Ausnahmesituationen ein, sondern versteht sie als Basis politischen Handelns.

Sie ist nicht globalisiert, sondern hat es mit sehr spezifischen lokalen Abhängigkeiten zu tun und verschafft und Handlungsmacht (*agency*) im Verhältnis zu diesen Bedingungen. Sie ist nicht *produktivistisch* sondern richtet sich an der Reproduktion unserer Lebensbedingungen aus. Sie versteht Ungerechtigkeiten in den Lebensbedingungen nicht als vorübergehende Abwesenheit von Gütern, die sich durch mehr Produktion irgendwann aufheben lassen wird.

Auch diese Diskurskultur hat es mit globalen Bedingungen zu tun, mit den planetaren Grenzen. Aber die lebensgefährliche Überschreitung dieser planetaren Grenzen ergibt sich aus einer Delokalisierung - umgekehrt ist es eine Sache lokaler Verantwortung, nicht globale Grenzen zu überschreiten.

Policies in AR6, WG3 - S. 2273:

Coastal adaptation and blue carbon, nature based solution, eco-system based adaptation, urban greening, climate adaptation plans at city level, green infrastructure, REDD+-strategies - (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation)

In Chile wird gerade eine neue Verfassung ausgearbeitet. Zum ersten Mal ist die globale Erhitzung eine Ausgangspunkt. Zuvor hat bereits die Verfassung Ecuadors der Natur und auch einzelnen Arten umfassende Rechte eingeräumt (Surma, 2022).

Holmes Rolston hat, z.T. in der Nachfolge von Aldo Leopold (Leopold, 1989) eine Umweltethik ausgearbeitet, der zufolge Ökosysteme um ihrer selbst willen respektiert und geschützt werden müssen, nicht nur als Mittel zu menschlichen Zielen (Williams, 2021).

Laura Forlano hat in einem Aufsatz skizziert, wie ein nicht mehr auf Menschen zentrierter Design-Prozess aussehen kann (Forlano, 2016) ,

Ist ökologische demokratische Politik jenseits der parlamentarischen Demokratie möglich?

These: Es sind politische Entscheidungs- und Protestformate jenseits der parlamentarischen Demokratie nötig.

(Stichwort: Diskurskultur versus Mehrheitsentscheidung) Welche demokratischen Aktionsformen sind jenseits der etablierten Formate möglich? Eine ökologische Diskurskultur ist mit politischen Handlungsweisen und Formaten verbunden, die die traditionellen politischen Institutionen überschreiten. Dazu gehören Bürger:innenräte und ziviler Ungehorsam. - Globale Entwicklung: Bürgerinnenräte, ziviler Ungehorsam - Lokale Entwicklung: beschränkte Partizipation - Finden wir auf lokaler und regionaler Ebene institutionalisierte Formen der Teilnahme von Betroffenen

Disruption

Eine Reaktion auf die ökologische Situation der Gegenwart ist auch und gerade lokal nur möglich, wenn wir nicht einfach inkrementell das Bestehende anpassen. Eine Aufgabe der Diskurskultur besteht darin, die Voraussetzungen für radikale Brüche mit ökologisch nicht haltbaren Verhältnissen herzustellen.

Dass unsere Demokratien bisher unfähig waren, auf die Klimakrise zu reagieren, zeigt auch Schwächen des parlamentarischen repräsentativen Systems. In diesem System konkurrieren meist fast gleichstarke Lager miteinander, die dazu bei jeder Wahl ihre Anhänger, und das ist meist ihre Klientel, durch kleine Vorteile oder durch den Schutz vor Nachteilen motivieren. Dieses System verlangsamt Entwicklungen. Auf disruptive Veränderungen mit weitreichenden Folgen für große Teile der Bevölkerung ist es nicht eingestellt. Diese Immobilität wird noch dadurch verstärkt, dass die Parteien berufspolitikerinnen, die Bevölkerung repräsentieren, von Spenden anhängig sind und von Lobbys manipuliert wurden.

Paradoxe Weise ist die Bereitschaft zu einschneidenden Veränderungen in der Bevölkerung vorhanden, aber sie wirkt sich bei Wahlen meist kaum aus. Ein Grund dafür dürfte darin bestehen, dass die Fokussierung auf Einzelmaßnahmen auch eine Fokussierung auf mögliche Ungerechtigkeiten und Nachteile im Einzelfall ist.

Eine Lösung dieser Krise sind andere Formen der Repräsentation der Betroffenen. Die bekannteste dieser Formen sind Bürger:innenräte, die inzwischen vor allem zu Klimathemen in vielen Ländern durchgeführt wurden – meist allerdings nur zur Ideenfindung und als beratendes Gremium ohne Entscheidungskompetenz.

Die unzureichende Repräsentation der Betroffenen und ihrer Inhalte legt außerparlamentarische Aktionsformen nahe. Dazu gehört auch der zivile Ungehorsam, der immer wieder in der Klima- und Ökologiebewegung praktiziert wird. Er ist Ausdruck einer Krise der Demokratie, nicht einer antidemokratischen Haltung.

8. Hängen ökologische Krisen und antidemokratische Tendenzen zusammen?

******(Stichwort: Road to Tyranny) - Globale entwicklung: Petrodiktaturen, - Lokale entwicklung: Wahlbeteiligung, Engagement -

Ziel einer ökologischen Diskurskultur ist es, ökologische Kollektive zu verwirklichen - resiliente Gesellschaften aus Menschen und nichtmenschlichen Handelnden, die prosperieren, ohne die planetaren Grenzen zu überfordern. Der ökologische politische Diskurs ermöglicht gemeinsames ökologisches Handeln.

Eine ökologische Diskurskultur trägt dazu bei, die Demokratie zu erweitern und dabei zu lokalisieren, zu *erden*. Dazu gehört die kritische Auseinandersetzung mit liberalen und sozialistischen Diskursen.

Heute muss sich die Ökologiebewegung aber nicht nur gegen die produktivistischen Kräfte und ihre Gesellschaftsmodelle durchsetzen. Gleichzeitig mit der zunehmenden Sichtbarkeit der Klima- und der Biodiversitätskrise in der Öffentlichkeit geriet und gerät die liberale Demokratie auch unter einen immer deutlicheren Beschuss von rechts. Auch diese rechte Kritik greift das globalisierte Wirtschaftsmodell und die globalen Eliten an.

Auch die populistische, antiliberale Rechte fordert, wenigstens in ihrer Ideologie, von anderen politisch Agierenden und einem anderen Handlungsrahmen auszugehen als die liberale und soziale Demokratie - nämlich von Völkern und Territorien, die den Individuen und einer internationalen Rechtsordnung vorgeordnet sind. Die rechten, autoritären Kräfte promoten die Idee des Nationalstaats und der Souveränität. Sie behaupten, dass eine Identität zwischen einem territorialen Staat und einem *Volk* besteht, dass das Gebiet dieses Staats bewohnt oder bewohnen sollte, und dass es zwischen den territorial verstandenen Staaten und Völkern vor allem Konkurrenz gibt.

Es liegt nahe, diese Gefahr von rechts auch als eine Reaktion auf die ökologischen Krisen zu verstehen und dahinter Kräfte zu identifizieren, die eine ökologische Politik aus Eigeninteresse ablehnen. So stellt Bruno Latour eine direkte Verbindung zwischen Trump und der Klimakrise her. Die Ideologie dieser Kräfte widerspricht allen Erkenntnissen zum Erdsystem und den Verbindungen zwischen ökologischen Akteuren. Es besteht ein Widerspruch zwischen einem geopolitischen Ansatz, der von der Selbstbehauptung von Territorien ausgeht, und der Einsicht in die Vernetzungen der Wesen, aus denen sich Gaia zusammensetzt.

Wer die Demokratie reformieren will, um ökologische Katastrophen zu verhindern oder abzumildern, hat somit zwei Gruppen von Gegnern: Liberale und klassische Linke, die an den Entwicklungsmodellen des 20. Jahrhunderts festhalten, und autoritäre Rechte, deren Konzept von nationaler Souveränität mit dem Leugnen der Klimakrise und der übrigen ökologischen Krisen verbunden ist.

Damit hat der ökologische Diskurs eine weitere, kurzfristige Aufgabe: die Demokratie gegen die Tyrannei von rechts zu verteidigen. Dazu sind Bündnisse mit den liberalen und den traditionellen linken Kräften nötig, gegen die man zugleich eine ökologische Politik durchsetzen will.

Es ist eine Aufgabe ökologischer Parteien und Bewegungen, ökologische Politik in Bündnissen mit liberalen und sozialistischen Parteien durchzusetzen, ohne die langfristigen Ziele dieser Politik durch inkrementelle Lösungen zu gefährden. Diese Aufgabe lässt sich nicht diskursiv lösen. Sie bringt aber den ökologischen Diskurs – die Stiftung eines ökologischen Wir – in eine kritische Situation. Diese kritische Situation zu konfrontieren, ihre Widersprüche zu diskutieren, ohne die Eigenständigkeit der ökologischen Bewegung aufzugeben (weil man eine weitere Reformpartei wird), oder aber

Diese Leugnung ist ein essentieller Bestandteil der rechten Ideologie. Deshalb kann es mit diesem Lager keine Kooperation geben. Das bedeutet auch, dass die Polarisierung, die zu dieser Ideologie gehört, bekämpft werden muss und sich eine gemeinsame Frontstellung mit den liberalen und sozialistischen Kräften gegen Rechts ergibt.

In welchem Verhältnis stehen die verschiedenen Demokratiekrisen zueinander? Können wie den autoritären Kräften durch ein neues, ökologisches Demokratiemodell Energien entziehen?

Zur Entstehung der antiliberalen Rechten haben viele Faktoren geführt, sicher nicht nur die ökologischen Krisen. Die ökologischen Krisen erfordern – jedenfalls versucht dieser Aufsatz das herauszuarbeiten – eine Veränderung, vor allem eine Erweiterung der Demokratie. Sie haben das Potenzial Probleme zu lösen, die zum Aufstieg der Rechten geführt haben. Eine ökologische Diskurskultur eine lokale demokratische Ermächtigung. Sie widerspricht der Unvermeidbarkeit und der Nivellierung politischer Unterschiede, die für die demokratische Politik der letzten Jahrzehnte charakteristisch war.

Wenn es gelingt, eine ökologische Diskurskultur zu etablieren, ist damit ein Gegenmittel zur identären antidemokratischen Politik der Rechten und der hinter den Rechten stehenden Interessengruppen. So sehr die ökologischen Krisen zeigen, dass unser Demokratiemodell tiefgreifend verändert werden muss, so sehr sind sie auch eine Chance für die Demokratie. Und so sehr ist eine konsequente ökologische Politik von der Erhaltung der Demokratie abhängig.

Bleibt man bei der Latourschen Terminologie, dann steht das Wir, das der ökologische Diskurs bilden will, in einem Spannungsverhältnis zum Wir der Demokratie. Die Erweiterung der Demokratie, um den ökologischen Krisen zu begegnen, unterscheidet sich als Aufgabe von der Bewahrung einer demokratischen Solidarität gegen die autoritären, illiberalen Kräfte von rechts. Für die ökologische Diskurskultur bedeutet diese Spannung eine permanente Herausforderung. Die Unterstützung der Demokratie und die Kooperation mit anderen demokratischen Kräften kann mit der Unterstützung

einer Wachstumspolitik mit negativen ökologischen Konsequenzen verbunden sein - z.B. mit der Unterstützung der Agrarpolitik Emmanuel Macron in Frankreich, um eine rechte Präsidentin zu verhindern. Die Dilemmata, die so entstehen, lassen sich nicht diskursiv lösen. Vielleicht lässt sich aber die Schwäche in eine Stärke verwandeln, wenn sie - und das ist eine Sache der Diskurskultur - offen ausgesprochen werden (wie es vielleicht Robert Habeck in Deutschland gerade versucht). Dazu gehört es auch, klar zu artikulieren, dass der Rechtspopulismus und das Erstarken autoritärer Kräfte international damit zu tun haben, dass die produktivistische und globalistische Politik der letzten Jahrzehnte gescheitert sind. Damit lässt sich die Widersprüchlichkeit ökologischer Politik in Konflikt und inzwischen auch Kriegssituationen zwar nicht überdecken. Aber die Analyse der Dilemmata (und das Festhalten an einer gemeinsamen Diskurskultur) kann dazu beitragen, die Bereitschaft zu einem Politikwechsel über das ökologische Lager hinaus zu vergrößern. In Deutschland schaffen es die Grünen gerade nicht, auch nur ein Tempolimit durchzusetzen. Aber die Kommunikation dieses Dilemmas könnte dazu beitragen, dass die autofreundliche Politik in Deutschland an Unterstützung verliert.

In solchen Konfliktsituationen kommt es zu einer Spaltung in (zu) kompromissbereite und (zu) fundamentalistische Kräfte. Nur eine gemeinsame Diskurskultur kann diese beiden Lager verbinden und über diese Lager hinaus in die Gesellschaft hineinwirken. Diese Situation ist widersprüchlich, aber die Kommunikation dieser Widersprüchlichkeit kann die Bereitschaft zu disruptiven ökologischen Reformen vergrößern.

- Forlano, L. (2016). Decentering the Human in the Design of Collaborative Cities. *Design Issues*, 32(3), 42–54. https://doi.org/10.1162/DESI_a_00398
- Gardiner, S. M. (2006). A Perfect Moral Storm: Climate Change, Intergenerational Ethics and the Problem of Moral Corruption. *Environmental Values*, 15(3), 397–413. <https://www.jstor.org/stable/30302196>
- Götze, S., & Joeres, A. (2020). *Die Klimaschmutzlobby: wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen* (2. Auflage). Piper.
- Latour, B. (2018). *Das terrestrische Manifest* (B. Schwibs, Trans.; Deutsche Erstausgabe). Suhrkamp.
- Leopold, A. (1989). A Land Ethic. In *A Sand County almanac and sketches here and there* (Special commemorative ed, pp. 201–226). Oxford Univ. Pr.
- Masson-Delmotte, V., Zhai, P., Pirani, A., Connors, S. L., Péan, C., Berger, S., Caud, N., Chen, Y., Goldfarb, L., Gomis, M. I., Huang, M., Leitzell, K., Lonnoy, E., Matthews, J. B. R., Maycock, T. K., Waterfield, T., Yelekçi, O., Yu, R., & Zhou, B. (Eds.). (2021). *Climate Change 2021: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. IPCC. <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/#FullReport>
- Steurer, R. (2021). The Climate Dissonance Theory: Why we have not solve the climate crisis so far. *Vienna: University of Natural Resources and Life Sciences*, 1(2021), 59.
- Stoddard, I., Anderson, K., Capstick, S., Carton, W., Depledge, J., Facer, K., Gough, C., Hache, F., Hoolohan, C., Hultman, M., Hällström, N., Kartha, S., Klinsky, S., Kuchler, M., Lövbrand, E., Nasiritousi, N., Newell, P., Peters, G. P., Sokona, Y., ...

Williams, M. (2021). Three Decades of Climate Mitigation: Why Haven't We Bent the Global Emissions Curve? *Annual Review of Environment and Resources*, 46(1), 653–689. <https://doi.org/10.1146/annurev-environ-012220-011104>

Surma, K. (2022, April 3). *Environmentalists in Chile Are Hoping to Replace the Country's Pinochet-Era Legal Framework With an "Ecological Constitution"* - Inside Climate News. Inside Climate News.

https://insideclimatenews.org/news/03042022/chile-ecological-constitution/?utm_source=InsideClimate+News&utm_campaign=4ccaa96ab8-&utm_medium=email&utm_term=0_29c928ffb5-4ccaa96ab8-328153014

Williams, B. (2021, May 5). *Holmes Rolston - Natural Environment*. Brian Williams. <https://www.briangwilliams.us/natural-environment/holmes-rolston-iii-1.html>